

Griechen
an allen Werktagen.
Bezugspreis
für Monat November 10.
in der Bezahlstelle 250.—
in den Ausgaben 250.—
durch Zeitungsbüro 300.—
am Postamt 265.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Bernsprecher: 4246, 2273,
3110, 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Zeitungspreis:
f. d. Grundschriftseite im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 40.—M.
Reklameteil 120.—M.
Für Anträge aus
Deutschland 300.—M.
im Reklameteil 10.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czeczkowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań.

Die Wilnaer Frage wird brennend.

Der Staatspräsident droht mit dem Rücktritt.

Der "Glos Poranny" vom 10. November bringt folgende wichtige Nachricht: Nach Erledigung der oberösterreichischen Angelegenheit verblieben als wichtigste Aufgaben die Lösung der Wilnaer Frage und die Frage Ongalizien. Beide Fragen wurden während einer gewissen Zeit ständig auf dem Forum der internationalen Politik besprochen. Beide durchliefen schon verschiedene Stadien, wurden jedoch in den letzten Zeiten von der Tagesordnung zurückgedrängt. Die Ansprachen über diese Fragen hörten auf. Dies betrifft hauptsächlich die Wilnaer Angelegenheit; diese wurde als die eine Aufgabe unserer Innenpolitik wieder ins Tageslicht gelegt. Es geschah dies zugleich in Verbindung mit den beabsichtigten Wahlen zum Wilnaer Sejm. Diese Wahlen wurden, wie bekannt, für den 11. Dezember d. J. festgesetzt. Zur Orientierung erinnern wir daran, dass die damalige Regierungskommission noch unter dem Vorsitz des Herrn Abramowicz einen Entwurf am Ende 1920 herausgab, krest dessen diese Kommission die Wahlen nicht nur in den Kreisen orderte, die zum so genannten Mittelland gehören, sondern auch in jenen Kreisen, die schon unwiderrücklich zu Polen gehören. Da die Wilnaer Föderalisten danach strebten, dass der Wilnaer Sejm sich nicht nur grundsätzlich über die Zugehörigkeit des fraglichen Gebietes aussprechen, sondern auch manchmal die Rolle eines gesetzgebenden Sejms spielen sollte, so wurde die Wahlangelegenheit damals verworfen. Sie wurde jetzt wieder aufgenommen. Es wurde jedoch festgesetzt, dass diese Wahlen nur in dem Gebiet stattfinden sollten, das dem General Zelazowski untersteht. Damit wurden alle Kreise, die schon zu Polen gehören, ganz ausgeschlossen. Dieser Plan gefiel unseren Föderalisten nicht, die wie bekannt, sich um den Belvedere gruppieren. Man entschloss sich, diese Angelegenheiten auf des Meisters Schneide zu belassen, und der Staatspräsident hat sogar mit seinem Rücktritt gedroht, wenn das Abstimmungsgebiet nicht erweitert wird. Es ist dies ein weiteres Echo jenes berühmten Aufrufes vom 23. April 1919. Es geht hier um wirklich polnische Gebiete, die keine litauische

Regierung wünschen, und es ist merkwürdig, dass gewisse leitende Kreise Polens sich um jeden Preis bemühen, ihnen diese Regierungen aufzuzwingen. Der gesunde nationaldenkende Teil der Bevölkerung und des Sejms wird jedoch die Einführung solcher neuen mit einem Misstrauen verbundenen Praktiken nicht zulassen.

Warschau, 10 November. Der gestrige Tag war in Warschau ein Tag unerhörter polnischer Spannung. Dies ist drei Ursachen zu verdanken: der Wilnaer Angelegenheit, der Sache des Altestenausschusses und der Angelegenheit der Invaliden. Alle schlugen sich auf den Sejm. Wie gestern der "Kurier Pozn." berichtete, wurde zuerst die Wilnaer Frage behandelt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass ein gewisser Einfluss diplomatischer Kreise Englands und Frankreichs in der Angelegenheit einer gesetzgebenden Versammlung in Wilna vorhanden war; dieser Einfluss hat jedoch wie sich quellenmäßig feststellen lässt, den normalen Rahmen nicht überschritten. Berücksichtigte Kreise außerhalb des Sejms nutzten diesen Umstand aus, um die öffentliche Meinung irre zu führen, die von dem Eindruck beeinflusst war, den die Vorfälle am Gorzec und die Ausweisung der Russen hervorriefen. Heute verbreitet sich in Abgeordnetenkreisen die Nachricht, dass der Staatspräsident die Absicht habe, die Wilnaer Angelegenheit auf des Meisters Schneide zu stellen, und wenn der Sejm von dem bisher beschrittenen Wege nicht zurückgeht und sich mit einer Erweiterung des Abstimmungsgebietes in Wilna ausspielen nicht einverstanden erklärt, dann wird der Staatspräsident sein Rücktrittsgesuch einreichen. Es ist ausgeschlossen, dass die nationalen Parteien sich mit einer solchen Unterwerfung der bisherigen Politik einverstanden erklären werden, da dies das Beitreten des idiosyncraticen Weges bedeuten würde. Der Belvedere versucht, die Piastengruppe auf seine Seite zu zwingen. Witos war gestern im Belvedere und Kataj arbeitet in derselben Richtung. In national-politischen Kreisen sieht man dieses Vorgehen für ein "Feuerwerk" des Belvedere, für einen Versuch an, die öffentliche Meinung von den kompromittierenden Angelegenheiten der letzten Zeit abzuwenden, nämlich der Neutrallität mit Perlsura, Sawialow und der Tätigkeit der zweiten Abteilung, die bei uns die Bedeutung einer Nebenregierung erreicht hat und der die nationalen Parteien den stärksten Kampfantragen.

troffen hat und die einer einfachen Wegnahme von Privateigentum gleichkommen, leider anzunehmen.

Die deutsche Regierung legt gegen dieses grausame, jeder Rechtsgrundlage entbehrende Vorgehen der polnischen Regierung den scharfsten Einspruch ein und bittet die Botschafterkonferenz dringend, bei der polnischen Regierung darauf hinzuwirken, dass sie von diesen Maßnahmen absicht.

Ob die Botschafterkonferenz diesem Protest der deutschen Regierung Gehör schenken wird, lässt sich nicht voraussagen. Bisher hat sie wenigstens, sobald es sich um einen Eingreifen zugunsten Deutscher handelt — und wenn auch die Rechtslage sonnenklar war — immer noch erklärt, sie könne da nichts machen, das überschreite ihre Kompetenzen usw. Es ist darum nicht unmöglich, dass auch diesmal eine ähnliche Antwort erfolgt. Um so mehr Anlass aber hätte die polnische Regierung, auf diese Note im entgegenkommender Weise zu reagieren. Nein egoistische Momente — man denke an die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen in Oberschlesien, an die Wiederbelebung des deutsch-polnischen Warenaustausches und an andere Fragen, in denen Polen nahezu völlig auf den guten Willen Deutschlands angewiesen ist — müssten schon die polnische Regierung verlassen, alles zu tun, um ein gutes Verhältnis zu Deutschland herzustellen. Auf diese Notwendigkeit hat u. a. Ponikowski unzweideutig hingewiesen.

Daneben aber gibt es selbstverständliche internationale Pflichten, die man mit dem Wort "Minderheitschutz" zu umschreiben pflegt und deren fortgesetzte Vernachlässigung letzten Endes den eigenen Staat am empfindlichsten treffen. Die Klagen aus Ongalizien, aus Weißruthenien und den ehemals deutschen Gebieten über eine gewaltsame Polonisierungspolitik nehmen sich. Die verantwortlichen Stellen in Warschau mögen im eigenen Interesse Polens bei ihren Maßnahmen darauf achten, dass diese Stimmen nicht im Auslande ein für Polen sehr schädliches Echo finden.

Die Reparationskommission in Berlin.

Berlin, 10. November. (Telunion.) Zur bevorstehenden Ankunft der Reparationskommission in Berlin erfährt die Telegraphen-Union: Der mit einem umfangreichen Städte ausgerüsteten Kommission gehören u. a. an: Als Vertreter Englands Sir Poeth Ross, Bradbury, als Vertreter Belgiens de la Croix, der frühere Ministerpräsident und Bremmelmans, als Vertreter Frankreichs Dubois, sowie je ein Vertreter der Vereinigten Staaten und Italiens. Über die voraussichtliche Tätigkeit der Kommission erfährt die Telegraphen-Union ferner, dass neben dem eigentlichen Wunsch der Kommission sich über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten ein klares Bild zu machen, die Absicht besteht, gegebenenfalls durchgreifende Änderungen der bisherigen Zahlungsmöglichkeiten zu erörtern. Die Kommission wird ihre Verhandlungen nicht nur an die deutschen amtlichen Stellen befrachten, sondern auch führende deutsche Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens befragen. Hierbei spielen naturgemäß die Probleme der deutschen Währung bzw. die Stabilisierung des Marktes eine ausschlaggebende Rolle. Wie verlautet, liegen in dieser Hinsicht bereits bestimmte Pläne vor. Es liegt auf der Hand, dass die rasche Marktentwertung der letzten Woche auch in den ehemals feindlichen Ländern nicht ohne Beunruhigung beobachtet wird.

Mischlänge.

Das politische Glaubensbekenntnis Ponikowskis hat im polnischen Blätterwald recht verschiedene Echos ausgelöst. Überaus lehrreich sind die Ausführungen des Herrn St. Kozielski im "Kurier Pozn." vom 9. November unter der obigen Überschrift:

"Die Rede des Ministerpräsidenten Ponikowski im Krakau enthält eine Reihe von Wahrheiten, die ein Echo in der Bevölkerung finden sollten. Der Angriff auf die politische Gleichgültigkeit der Intelligenz, die Wildheit der Parteien im Innern und gegen 'Abenteuerlust' nach Außen, die Ankündigung einer Friedenspolitik, endlich die bestimmte Erklärung, dass jene irren, die in der Diktatur einen Ausweg aus den Schwierigkeiten sehen möchten — alles das entspricht der Überzeugung und den Bestrebungen der ganzen Bevölkerung. Eine besondere Aufmerksamkeit möchten wir auf den Angriff gegen das Parteiwesen lenken, das in Polen einen solchen Umfang angenommen hat, dass man Männer, die nicht zu der Gruppe, die heute Polen regiert, gehören, systematisch vom öffentlichen Dienste, von Regierungsposten beseitigt. Manche Kreise bei uns sind besonders empfänglich für treue Ausdrücke in öffentlichen Aussprüchen, jedoch vollkommen blind und taub dafür, dass man aus dem Innen- und Außenministerium ohne Mitleid alle, die nicht der regierenden Gruppe angehören, hinauswirft, und dass man dann die freien Posten mit seinen Freunden besetzt. Wir sprechen gar nicht vom Kriegsministerium, wo es fast keinen gibt, den man hinauswerfen kann, da man bei seinen daraus gesehen hat, dass kein Unwunschter in dieses Ministerium hineinkäme."

Nicht die Freiheit der Zunge und die Hartnäckigkeit der Polen, sondern diese systematische Beseitigung aller, die während des Krieges nicht zu den Aktivisten gehörten, bildet die Beule und den Ausdruck des Parteidestes. Seit der Zeit, da Herr Ponikowski die Herrschaft übernahm, bemerkt man tatsächlich ein Nachlassen der Partiekämpfe. Leider können wir dies nicht von der Regierungspartei sagen. Es genügt, die letzten Ernennungen im Außenministerium anzuführen, um sich zu überzeugen, dass die unerbittliche Säuberung dieser Institution von Elementen, die auch nur ein wenig durch ihre Beziehungen zum ehemaligen Nationalkomitee kompromittiert sind und die Besetzung der Posten mit ehemaligen Aktivisten weiter besteht.

Die öffentliche Meinung nahm mit Bestiedigung des Finanzprogramms des Finanzministers aus dem Kabinett Ponikowski entgegen. Die Allgemeinheit wünscht, dass dieses Programm durchgeführt wird. Die Presse und die Abgeordneten der Nationalpartei bemühen sich, dem gegenwärtigen Kabinett keine Schwierigkeiten zu bereiten. Darum gerade muss mit grossem Bedauern festgestellt werden, dass der Anfang der Rede des Herrn Ponikowski von einem tiefen Misverständnis zeugt, das zwischen ihm und der Mehrheit unseres Volkes besteht. Herr Ponikowski ist ein Mensch von gutem Willen und guten Absichten, aber es zieht sicherlich nicht in Betracht, wie verschieden die Auffassungen von unserer nur kurzen Vergangenheit aufgefahrt werden. Wenn er dies verstände, würde er zum Tage seiner großen Ansprache nicht den Tag der Erklärung des unabhängigen Polens durch die Zentralstaaten gewählt haben, würde er nicht den politischen Gardisten der Krakauer "Stachyki" huldigen, würde er weiter nicht gleichzeitig mit dem Kosciuskoaufstand die Tatsache des Ausmarsches der "szara fabrowka", die zu einer Brigade, zu einer Legion, kurz zu einer siegreichen polnischen Armee auswuchs, eine große epochale, nationale Tat" nennen. Für Herrn Ponikowski sind diese Dinge, die ihn mit tiefem Gefühl erfüllen, für uns aber tragische Erinnerungen geschichtlicher Fehler, die einstens die Geschichte verurteilen wird.

Sicher muss man die historische Arbeit, den bürgerlichen Mut und die spirituellen Talente der Kalinka und Gaulski anerkennen; sie haben sich ehrenvoll in die Blätter unserer Literaturgeschichte eingetragen. Aber eine ganz andere Sache ist die politische Rolle ihrer Gefährten und hauptsächlich der Schüler, die nicht nur die polnische Politik in Galizien auf einen falschen Weg führten, sondern die in bedeutendem Maße zu den Abwegen in der nationalen Geschichte während des Krieges beitrugen. Diese



Glühbirne aus gezogenem Draht.

Weltmarkte.
Von grosser Lichtstärke, ökonomisch, haltbar.
Sofortige Lieferung ab Lager in Warszawa.

Bestellungen nimmt entgegen:
Elektryczne Towarzystwo Akcyjne
"Tungsram", Warszawa, ul. Sienkiewicza 3.

Abwege in der Entwicklung der Volksbewegung in Galizien und die Anstrengungen, die eine Hineinziehung Polens in die Gefolgschaft der österreichischen Politik beabsichtigten — das sind Sachen, die den Krakauer "Sławnostki" nicht einmal der nachsichtigste Richter verzeihen kann. Sie ermöglichen den schwersten Fehler, der während des Krieges gemacht wurde, — die Organisierung von bewaffneten Kräften auf Seiten der Zentralmächte. Herr Ponikowski hat dem Frieden und dem inneren Leben in Polen einen schlechten Dienst erwiesen, als er das mit Glorie umwohnt, was die Allgemeinheit verurteilt hat.

Wir wollen nicht schlecht verstanden sein. Der tapfere, interesslose, aufrichtige und herliche Drang der Jugend, die zu den Waffen griff, um, wie sie fest glaubte, für die Unabhängigkeit Polens zu kämpfen, hat heute schon die Herzen des ganzen Volkes für die Legionäre und Legionärinnen höher schlagen lassen. Sie haben sich die polnische Volksseele und einen ehrenvollen Namen in den Blättern unserer Geschichte erobert. Dies aber bedeutet nicht, daß der politische Sinn Polens die politischen Fehler jener Amerikanen oder reichsamtler sollte die diese Jugend auf den falschen Weg leiteten, die die Anführer der tragischen Versplitterung im Volke sind, die die Verantwortung tragen für die tiefe und unverdiente Tragödie, die diese Jugend durchlebt. Es gibt Dinge, an die man nicht erinnern sollte, wenn die Seele des Volkes aus dieser Versplitterung, in der sie heute lebt, herauskommen soll. Die Hochachtung für die jugendliche Begeisterung, für die aufrichtige Vaterlandsliebe, für das vergossene Blut kann uns nicht die politische Seite der Angelegenheit verdecken. Wir können nicht damit einverstanden sein, daß hinter diesen für jeden Polen heiligen Dingen sich ein politischer Fehler verbirgt und breit macht, der schon zu vielen nationalen Niederlagen geführt hat, und der mit immer neuen Katastrophen droht. Wenn ihr schon nicht den Mut und den Charakter habt, die gemachten Fehler einzugehen, so habt wenigstens so viel Takt, daß ihr nicht mit ungeschickter Hand Eulen berührt, die in schmerzlicher, trauriger Melodie für die Allgemeinheit in Polen erklingen.

Wir wünschen heil die Einmütigkeit im Innern und das Auftreten einer gemeinsamen Grundlage für die Arbeit an dem Aufbau der inneren Kräfte unserer Republik. Lassen jedoch die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen. Mit Sorge und Schmerz erfüllt uns dann die Feststellung, daß die Anfangssätze der Rede des Herrn Ponikowski beweisen, welche eine tiefe Dissonanz in der Auffassung und dem Empfinden der nationalen Tatsachen zwischen uns und zwischen der Gruppe besteht, die von Herrn Ponikowski vertreten wird. Dies ist nicht nur ein Gegensatz im politischen Programm, sondern ein Zwiespalt in den tiefsten Tiefen der Gesinnung und des Gefühls. Der erste Schritt aber auf dem Wege zur Überbrückung dieses Abgrundes muß das Bewußtsein seiner Tiefe sein.

Über die "Mitarbeit der Intelligenz", am politischen Leben nämlich, im Besonderen schreibt der "Dienst Poloniaski" vom 10. November als Kommentar zu der Rede Ponikowskis folgendes:

Fast in demselben Augenblick, da der Präsident Ponikowski in seiner Krakauer Rede die Intelligenz zu einer lebhafteren Teilnahme an der politischen Arbeit aufgefordert hat, berief eine Anzahl von Männern mit gutem Willen in Posen die geistigen Arbeiter zu einer Versammlung ein, in der über Mittel erörtert werden sollte, wie den geistigen Arbeitern ein höherer Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten als bisher zu sichern sei. Der Gedanke schweltet in der Luft, da von zwei Seiten zugleich zu seiner Verwirklichung aufgefordert wird. Zum ersten Mal wurde er ausführlich vor einigen Monaten in Krakau in Verbindung mit der verhängnisvollen wirtschaftlichen Lage der Intelligenzberufe angesetzt, und hierbei wurde das schmerzliche Problem berührt, daß diese Schicht vom Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten völlig ausgeschlossen ist; diese Schicht ist wirklich "das Licht und Salz der Gesellschaft". Einer weiteren Aussprache kann die Frage überlassen bleiben, ob man eine besondere Intelligenzpartei bilden oder ihren Einfluss mit andern Mitteln sichern solle. In jedem Falle muß man daran denken, daß der gegenwärtige Parlamentarismus in bedeutendem Maße die Vertretung von Städten und Bevölkerungsschichten geworden ist. Es haben die Industriellen, die Arbeiter, die großen und kleinen Landwirte ihre Vertreter, und diese Vertreter verteidigen besonders ihre Interessen. Die Intelligenz allein verbleibt ohne Vertretung und ihre in den verschiedenen Parteien vertretenen Mitglieder vertreten das Interesse der Partei, nicht das Interesse der geistigen Arbeiter. Hierbei kann von einem einheitlichen und in gewissem Maße wenigstens starkem Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten keine Rede sein, hauptsächlich weil die Parteivertreter der Intelligenz in den meisten Fällen Berufspolitiker sind — in Amerika nennt man sie Politiker —, sie haben andere Ziele im Sinne, als die Sicherung des Einflusses der Intelligenz auf das politische Leben. Es zeigte sich dies bei den letzten Wahlen, wo

die Parteien in ihre Kandidatenlisten möglichst viele Analphabeten eintrugen, die nach Belieben zu leiten sind, und möglichst wenig Intelligenz, die durch schöpferischen Gedanken einwirken könnte. So erniedrigte sich der Sejm zu einer gewöhnlichen Versammlung und — wie der Präsident Ponikowski sagte — es arbeiten kaum ein halbes hundert Männer wirklich und mit Anstrengung in ihm, um wenigstens zum Teil die Aufgaben zu lösen, die auf den ganzen Sejm vereilt werden müssen. Die Parteien bemühen sich um Hände, die sich bei der Abstimmung nach dem Beschlüsse des Führers empören — Köpfe sind nicht so feig.

Die Parteien wollen, daß das politische Erwachen der Intelligenz der bisherigen Sachlage eine Grenze setzen könnte, wo das polnische politische Leben nichts anderes ist wie Paktieren hinter den Kulissen, um nicht zu sagen Katalanen. Dies müßte aufhören oder wenigstens zurückgehen, wenn die Schicht der geistigen Arbeiter Einfluß auf die Angelegenheiten des Staates fordert, einen Einfluß, zu dem sie das Recht hat, um dieser in die Politik der "Fackelmänner" zu treten, die oftmals Facette der Demagogie sind. Wenn die Intelligenz wirklich wach geworden ist, und wenn sie die Schädlichkeit ihres Weiseiteinstehens verstanden hat, von dem nicht ohne Bitterkeit der Präsident Ponikowski sprach, so läßt sie sich nicht zu einer weiteren Untätigkeit zwingen. Die geistigen Arbeiter sind bisher nicht beruflich organisiert, das müßte sofort geschehen, und die einzelnen Berufsorganisationen müßten diese Angelegenheit ständig auf die Tagesordnung ihrer Verträge bringen. Die unparteiische Presse wird ihre Kräfte für die praktischen Hinweise üben, die ihr die Intelligenz gibt. Niemand bekämpft das Vorstellen der Parteien, die im politischen Leben einen notwendigen Platz darstellen. Die Gesellschaft hat dagegen der Diktatur der Parteführer und der Beseitigung des Einflusses der Intelligenz durch diese den Kampf angegriffen. Wir glauben, daß der Appell des Kabinettspräsidenten nicht ohne Wirkung bleibt und erwarten weitere Taten, die in der ausgelärmten Bevölkerung Anklang und Unterstützung finden werden.

Was wird Washington bringen?

Berlin, 10. November. (Tel.-Un.) Der Reichsinnenminister a. D. Dr. Noske beschäftigt sich in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" in einem Leitartikel mit den Problemen, die der Washingtoner Abrüstungskonferenz zugrunde liegen. Über die Erwartungen, die man deutscherseits dieser Konferenz entgegenbringt, äußert sich Dr. Noske folgendermaßen: Was wird oder was kann die Washingtoner Konferenz Deutschland bringen? Wird sie ihm eine Erleichterung der Lasten bringen, unter denen es zusammenbrechen droht? Es wäre falsch, von vornherein jede Hoffnung darauf aufzugeben. Es besteht noch immerhin die Möglichkeit, daß die Kriegsschulden der Alliierten an Amerika ganz niedergeschlagen oder doch wesentlich nachgelassen werden, und daß in diesem Falle auch die deutschen Reparationsschulden an die Entente einer gründlichen Revision unterzogen werden. Aber wir wollen darum auch nicht auf Washington weitgehende Hoffnungen setzen und uns einer Erwartung hingeben, wie sie vor der Konferenz in Spa im Juli 1920 ein großer Teil des deutschen Volkes gehabt hat. Wir müssen daran denken, daß sich unter den Hauptteilnehmern der Konferenz Männer wie Foch, Briand und Poincaré, der Vater der Generalkonferenz über Oberschlesien, befinden. Da uns eine Einigung auf den Verlauf der Washingtoner Konferenz veragt ist, bleibt uns nichts anderes übrig, als wieder einmal abzuwarten, ohne Illusionen, aber auch ohne grundsätzliche Ablehnung der Stellungnahme. Eins ist sicher, daß, wenn der unter den Folgen des furchtbaren aller Kriege leidenden Menschheit ein wirklicher Ausblick in bessere Zeiten geboten werden soll, das dann, wenn nicht der Geist der Versöhnung auf Seiten der Sieger, so doch wenigstens der Sinn für vernünftige und praktische Lösung die Teilnehmer der Konferenz beherrschen muß.

Um die Sanationen.

Vlgische Sozialisten für Aufrechterhaltung der Zwangsmaßnahmen.

Genf, 10. November. Der Brüsseler "Soire" meldet: Das belgische Kabinett hat sich letzte Woche in mehreren Sitzungen mit der Frage der Auhebung der militärischen "Sanctionen" am Rhein und der Räumung der drei Rheindämme Düsseldorf, Duisburg und Nürnberg beschäftigt. Das Kabinett ist einstimmig zu der Auflösung gelangt, doch die Zurücknahme der beigekommenen Truppen aus dem Gebiet rechts des Rheins noch nicht in Aussicht gestellt. Auch die sozialistischen Minister haben die Befreiung zu dieser Stellungnahme ohne Einschränkung anerkannt.

Wirths Antwort an die Botschafterkonferenz

Berlin, 10. November. (Tei-U.) Im Auswärtigen Amtshaus des Reichstaates ist öfter nach valamittraler Mitteilung der Reichskanzler in der Aussprache über die obergermanische Frage, daß durch die Antwort der Botschafterkonferenz die Tatsache der Einlegung einer Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geschafft wird. Unsere Rechtsverwahrung wird nicht dadurch beendet, daß sie zurückgewiesen wird, sie bleibt vor der Gerichte für alle Zeit bestehen.

"Von Knut," jubelte sie und trat zu Gisela in den Buchenschatten, — "er schreibt so froh aus der Herrn ihres Bergwelt, gerade nach einer großen Fjelltour über den Fernpass. Aber er kann's doch nicht mehr vor Sehnsucht nach uns aushalten. Was Bubi?"

Sie klopfte ihren Jungen und setzte ihn auf den Nasen. "Er kommt in acht Tagen und bleibt dann bis zum Schlus der Ferien bei uns in Nilmer."

Weich fuhr der Sommerwind durch ihr dunkles Haar, ihre Augen lachten vor Freude.

Jubelnd reckte sie beide Arme.

"O, wie schön, wie wunderschön ist es heute! Und sieh nur den tief — tiefblauen Himmel, Gisela."

Gisela wandte müde den Kopf.

"Ja hier ist er noch blau. Aber früher überm Wolde kommt schon ein Gewitter herauf. Siehst Du die dunklen Wolken nicht?"

22. Kapitel.

Knut war gekommen. Gebräunt und gestählt durch Alvensöhn und Hirnenlicht. Lies hatte ihn abends spät von der Bahn abgeholt und kam wederküßt als er drin mit Kniehosen und Rucksack ihr entgegenkam. Sie kannte sich nicht genug frerer über sein Wiss hin. Was hatte er alles zu erzählen? Und diese Morgen von Photogaphien und Postkarten, die er mithabt!

"Aber nächstes Jahr Lies kommt Du mit Sa' en ist es doch nur eine hohe Freude. Weißt Du, ich mußte immer an die Worte denken:

"Wo immer die Welt an schönsten war,

Da war sie und lernt."

So hatte er ihr am anderen Morgen erzählt, als sie Arm in Arm zur alten Steinbank auf die Linie gingen.

"Ja aber Knut wo lassen wir dann unsern Kursen?"

"Bei Mutter in Nilmer. Über das ist ja noch lange hin"

"Himmel, ist die See heute schön, ord. n. der Brandung!"

Aus Oberschlesien.

Die Wirtschaftsverhandlungen einige Zeit verschoben?

Oppeln, 10. November. Wie von interallierter Seite verlautet, trifft die Meldung, nach welcher Generalinspektor Poniatowski zum Vorsitzenden der interalliierten Kommission für die Verwaltungsdauer von 15 Jahren ernannt worden sei, nicht zu. Weder über diesen Posten noch über den Vorsitzenden der Wirtschaftskommission ist bisher eine Entscheidung getroffen. In interallierten Kreisen rechnet man damit, daß die Grenzregulierungsarbeit in den nächsten Tagen begonnen und rasch beendet sein wird.

Dagegen glaubt man, die Wirtschaftsverhandlungen würden noch einige Zeit verschoben werden. In den interallierten Kreisen rechnet man damit, daß die interalliierte Kommission in den letzten Tagen des Januar Oberschlesien verlassen müssen.

Die weitere Ergänzung der deutschen Delegation.

Berlin, 10. November. An den bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien wird als Generalsekretär Preußens Unterstaatssekretär v. Goepert-Bonn teilnehmen. Das Referat für finanzielle Fragen bei der deutschen Kommission übernahm Regierungsrat Dr. Miquel.

Zur Behandlung der einzelnen Fragen ist außerdem eine Reihe von Unterkommissionen, insgesamt 10 geschaffen worden und zwar: Eisenbahn: Vorsitzender Geheimer Regierungsrat Scholz (Reichsverkehrsministerium), Wasser und Elektrizität: Oberbergamt Schwane, preußische Bergwerksinspektion Hindenburg, Geldwesen: Landesfinanzamtspräsident Liebschütz, Post: Geheimer Regierungsrat Stroh, Oberpostdirektion Oppeln, Volkswesen, Ein- und Ausfuhr: Ministerialdirektor v. Stachmann, Rohstoffe und Bergwerkszeugnisse: noch unbestimmt, Arbeitnehmerfragen: Ministerialrat Dr. Witzler, Reichsarbeitsministerium, Verkehr: Geh. Regierungsrat Hering, Reichsministerium des Innern, Liquidationen: noch unbestimmt, Minderheitschule: Geh. Regierungsrat Hering, Reichsministerium des Innern. Das Büro der Delegation befindet sich: Berlin, Voßstraße 5.

Vedebour über Oberschlesien.

Berlin, 10. November. In der "Freiheit" wendet sich der Abgeordnete Vedebour gegen den seine Befürchtungen über Oberschlesien in siedlenden Haos eicht. Vedebour erklärt, er habe darauf hingewiesen, daß die in der Mehrheit polnisch fortwährende Verbündung mit Deutschland geistig habe. Die Teilung sei in Wirklichkeit zwecklos geworden. Feder aktiv oder passiv Widerstand gewinnt an Fahnen. Eine Abänderung müsse einer späteren Zeit überlassen werden.

Eine polnische Stimme zur Teilung Oberschlesiens.

Brüthen, 9. November. Der "Katolik", der für den Anschluß Oberschlesiens an Polen eingetreten ist, bringt am 27. Oktober eine Buzchrift aus den deutsch bleibenden Teilen Oberschlesiens, welche die wirkliche Stimmung der eingeborenen Oberschlesier wiedergibt. In der Buzchrift heißt es u. a.:

Zu Wirklichkeit sehen wir klar, daß es während der ganzen Plebiszitärarbeit nicht so sehr um unsere Seelen ging, als darum, daß wir mit unseren Stimmen die Schornsteine der Gruben, Hütten und Fabriken erhielten. Traurig und schmerzlich ist es für uns, daß unsere polnische Gemeinde mit unseren Stimmen dazu beigetragen hat, daß wir uns selbst die Peitsche und den Strick an den Hals gelegt haben. Wir alle waren davon seit überzeugt, daß wir entweder alle zu Polen kommen und nicht nur Eigentumsanteile des Industriebezirks, oder alle ungegliedert bleiben im sogenannten Bundesstaat. Die Preußen haben uns bis jetzt nicht gefressen, und sie würden uns auch in Zukunft nicht gefressen haben.

Deutsche Kriegsgefangene in Syrien.

Die "Danziger Neuesten Nachrichten" schreiben: Von einem neuen ungeheuren Rechts- und Vertragsbruch der Entente gibt eine Nachricht Kunde, die auf dem Umweg über Riqa zu uns dringt. Es ist Tatsache, daß noch 600 deutsche Kriegsgefangene in französischen Strafverbänden in Syrien schwimmen. In Mossau sind nämlich in diesen Tagen auf unerlaubliche aber euerliche Weise und unter ungeheuren Strafzonen 20 Kriegsgefangene eingeroessen, die in den Jahren 1917 und 1918 an der Westfront angetreten waren. Sie hatten das Unlück, wegen geringer Verdienste gegen die Lagerordnung in ein Strafregiment eingesetzt zu werden. Das Strafregiment ist ungeachtet des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages Ende 1919 und Anfang 1920 nach Syrien abtransportiert worden. Ein Teil dieser Gefangenensein wurde von Gruppen, welche für die französischen Truppen leisten. Die Bewachung bestand aus Kolonialtruppen; die Verhandlung war unerträglich. Schreckliche Epidemien litten die Deutschen. Viele einflohen wurden aber von den Arabern wegen der tödlichen Belehrung eingefangen und von den Franzosen erschossen.

Abends kam dann auch ein Gewitter heraus, und starker Regen goß vom Himmel.

Da muszerten Knut und Ellen in der Gartenstube, so wie in alten Zeiten.

Gisela lag auf der Chaiselongue und lauscht, obgleich sie früher immer behauptete, daß Musik sie nervös mache.

Hoch und schlank in ihrem schwarzen Trauerkleid stand Ellen mitten im Zimmer, die Geige unterm Kinn. Wie sie spielt! Wie ihre ganze Seele in dem Spiel lag! Gisela hatte sie noch nie so spielen hören.

Weit offen stand die Tür zum Garten, der Regen hatte allmählich nachgelassen. Die anderen sahen alle auf der Veranda. Da kam Lies herein und setzte sich still zu Gisela in einen Sessel, auch zu lauschen.

Sie spielten dieselben Sachen wie im Winter. Nur das Cello fehlte. In einer Pause sagte Gisela:

"O, Ellen, Du hast Kolossal gelernt. In Deinem Spiel liegt jetzt mehr als früher, — viel mehr. Findest Du nicht auch, Knut?"

Knut nickte. Über er sagte nichts. Weiter spielten sie Beethoven, — nichts als Beethoven. Ellen wollte nichts anderes.

Endlich kam Vater von der Veranda herein.

"Kinder, es ist spät, wir müssen ins Bett. Morgen heißt's wieder früh heraus für uns Erwachsenen."

Da trennte man sich und ging nach oben. Knut half Ellen noch, die Noten zu ordnen, die anderen waren schon alle gegangen. Er hatte seit damals, als er sie im Winter in Nömers Hausflur traf, nie mit ihr von den Dingen gesprochen, die nur er und sie wußten: Er hätte es tollslos gefunden. Und Ellen war ihm dankbar dafür. Über wie ein geheimes Einverständnis, eine gewisse Freundschaft wie sie zwischen Mitwissenden entsteht, lag zwischen ihnen.

(Fortsetzung folgt.)

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(S. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt)

Lies war still geworden und traurig. Sie kannte ihre Schwester zu genau, um nicht zu wissen, daß sie etwas verbarg vor ihr. Aber was? Sie hätte ihr so gerne geholfen. Eine Zeitlang hatte sie gedacht, Ellen hätte Römer gern gemocht, sein jährer Tod wäre ihr zu Herzen gegangen. Aber, wenn Ellen das so kurz abwies, fast beleidigt, daß man überhaupt den Gedanken hegen konnte, — was konnte es dann sein?

Lies mußte noch lange darüber grübeln und fand die Lösung nicht.

Zimmer noch lag Gisela träumend in der Hängematte. Sie hatte auch Ellens verändertes Wesen bemerkt und mit Lies darüber gesprochen. Zum Schlus hatte sie gemeint:

"Wenn es Römer nicht war, so war es aber ein anderer. Ein Mädchen wie Ellen kann nur durch ein gewaltiges, inneres Erlebnis so umgewandelt werden."

Wie ein Schreck fuhr es ihr dann durchs Herz. Und der kalten, syttischen Gisela wurde es plötzlich angst.

"Um Gott, — wenn ich nun doch recht habe? Wenn es nun doch Knut ist? Ich sah es schon lange kommen."

Das sagte sie aber nicht laut, sondern behielt es für sich. In ihren verschleierten Augen aber stand etwas, was sonst nie darin zu lesen war, — das hieß: Misstraut mit Lies.

Leise bewegten sich die Buchenzweige über ihr. Keummerlich schwankte die Hängematte. Gisela merkte es nicht. Sie war zu sehr in ihre Gedanken vertieft.

Da klangen vom Haus her leichte frohe Schritte. Die Treppe herab kam Lies, ihren lachenden Augen auf der Schulter. Mit der Linken hielt sie ihn fest in der Mitten schmenkte sie einen Brief, der trug den Stempel: Inns

Die Regierungsumbildung in Württemberg

Stuttgart, 10. November. (Tel.-Un.) Der Wechsel im württembergischen Arbeits- und Ernährungsministerium wird heute im "Schauspieler" mit folgender Verlautbarung amtlich mitgeteilt: Die württembergische Regierung erfährt mit dem heutigen Tage in ihrer Zusammensetzung eine Änderung. An Stelle des Ministers Dr. Schall, der der Demokratischen Partei angehört, tritt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Vizepräsident des Landtages Keil in das Ministerium ein. Als die Sozialdemokratie nach den Wahlen von 1920 ihren Austritt aus der Regierung erklärt hatte, bildeten Zentrum und Deutschnationalen Partei mit dem Staatspräsidenten Dr. von Hieber an der Spitze ein Ministerium, von dem drei Minister der Deutschnationalen Partei und zwei dem Zentrum angehörten, das aber — auch wenn es von der Deutschen Volkspartei unterstützt wurde — eine parlamentarische Mehrheit nicht hinter sich hatte. Damit war eine politische Lage geschaffen, die von Anfang an eine Erweiterung der Regierungsgrundlage als transzendent erscheinen ließ und jedenfalls auf die Dauer nicht haltbar sein konnte. Als nun in jüngster Zeit im Zusammenhang mit dem Vorgehen im Reich und in Preußen die Sozialdemokratie wieder an verantwortlicher Stelle teilnehmen wollte, leitete der Staatspräsident sofort Besprechungen der Minister und Fraktionsführer ein, die von allen Seiten mit dem Wunsche nach wirlicher Verständigung geführt wurde und so rasch ein Ergebnis erzielten. Der Minister Dr. Schall ohne weiteres sein Ministerium zur Verfügung stellte, so wurde eine Verständigung auf der Grundlage erzielt, daß der Staatspräsident den Minister Dr. Schall auf sein Ersuchen von der Führung der Geschäfte des Arbeits- und Ernährungsministeriums entband und an seiner Stelle die Leitung des Arbeits- und Ernährungsministeriums dem Vizepräsidenten des Landtages, Reichstagsabgeordneten Keil übertrug.

Die Konsortialverhandlungen zwischen Bayern und dem Vatikan.

München 10. November. (Tel.-U.) Die "Münchener Neuesten Nachrichten" führen entgegen anders lautenden Meldungen dar, daß die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Konsortials zwischen Bayern und dem Heiligen Stuhl zwar den ersten Fortgang nehmen, daß aber keine Niede davon sein kann, daß die Verhandlungen schon vor dem Abschluß stehen und daß der Kardinal Pacelli auf dessen Meinung die höchsten Regierungsstellen größten Wert legen, in nächster Zeit München verlassen wird.

Schwere Sturmschäden.

Störungen in den Fernsprechleitungen.

Ein Funkentelegramm aus Berlin meldet: Die telegraphischen Verbindungen von Berlin nach England, Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Österreich, Italien, Schweiz sowie nach West- und Süddeutschland sind infolge Schneesturms unterbrochen.

Köln 10. November. Ein seit gestern mittag während orkanartiger Sturm verursachte eine völlige Unterbrechung der Telefon- und Telegraphenleitungen nach allen Richtungen. Das Unwetter hörte auch den Eisenbahnverkehr in empfindlicher Weise. Anholae von Beschädigungen von Eisenbahngleisen mußten die Räte sehr vorsichtig fahren. Keine blieben sie auf offener Strecke stehen. Der Sachschaden ist noch nicht zu übersehen. Der Verkehr auf den Straßen kostete wegen der hochstehenden Dachbedeckungen usw.

Helsingfors 10. November. Am Sturm und Schnee treibend, zitterte gestern vor der Hafeneinfahrt der Dampfer Gustav Gustaf aus Åbo. Es hatte insgesamt 30 Personen an Bord von denen nur zwei noch lebend an die Küste geworfen wurden. Die übrigen 28 sind ertrunken.

Frankfurt a. M. 10. November. Der Sturm, der in der vorletzten Nacht in Kiel wütete, bat in der Kieler Bucht die großen Schäden angerichtet. Von der Kükendorfer Abwärts wurde das Minenschiff "Reitungen" und 10 Torpedoboote 10 gerissen und abgetrieben. Der Reichsbomber "Norden" ist mit dem Bergen der Schiffe beschäftigt. Vor Holtenau liegt eine ganze Flotte von Dampfern und Seglern, die vor dem Unwetter in die Kieler Bucht flüchten. An der Gaardener Seite liegt ein finnisches Sealer, der einen Teil seiner Ladung verloren hat. In der Kanalindung strandete ein Motorboot. Der angerichtete Schaden ist außerordentlich hoch und übertrifft bei weitem den des Sturmes vor 14 Tagen.

Arbeiterbewegung.

Kommunistische Massenversammlungen in Berlin.

Berlin, 10. November. Hier finden kommunistische Massenversammlungen statt, in denen gegen die Teuerung, die Auslieferung der Autos Mäder und gegen die "Schandjuice" in Deutschland protestiert und die sofortige Proklamation des Berliner Generalstreiks zugunsten der streikenden Kaufhausgehilfen gefordert wird.

Kellnerstreik und Terror auch in Innsbruck.

Innsbruck, 10. November. (Tel.-U.) Anlässlich des Ausstandes der Kellner fanden gestern in der Stadt große Demonstrationen statt, um diejenigen Volks, die noch gehofft waren, zum Streik zu bewegen. Die Polizei mußte mit Gummiwürtzeln und Säbeln einschreiten, um die Demonstranten zu vertreiben. Erst der einsetzende Regen machte den Kundgedanken ein Ende.

Russische Verhandlungen mit rumänischen und deutschen Arbeitern.

Berlin, 10. November. Das sibirische Revolutionskomitee hat mit einer amerikanischen Arbeitergruppe einen Vertrag abgeschlossen, wonach diese in Sibirien die Rechte einer Erwerbsgenossenschaft erhält. Wie der "Tag" hört, verhandeln Vertreter der Sowjetregierung auf der gleichen Grundlage mit deutschen Bergarbeitern im Ruhrgebiet, um sie zum Abbau russischer Gruben zu gewinnen.

Städtetag und Lohn erhöhung.

Berlin, 10. November. (Tel.-Un.) Der deutsche Städtetag ist für Freitag, den 11. November, zu einer außerordentlichen Tagung nach Berlin einberufen worden, um darüber zu beraten, wie die Mittel für die Gehalts- und Lohn erhöhungen, die nach dem Vorgange im Reich auch in den Gemeinden notwendig geworden sind, aufgebracht werden können.

Stilllegung der Benz-Auto-Werke.

Mannheim, 10. November. Die Firma Benz u. C. hat den Betrieb ihrer Automobilfabrik stillgelegt und die Arbeiterschaft, etwa 3600 Mann entlassen. Den Grund bilden nach einer Mitteilung der Direktion die fortgesetzten Demonstrationen der Arbeiterschaft, die in das Betriebsgebäude eindringen wollten und die Direktion bedrohte. Die Arbeiter misshandeln am Montag früh Betriebsbeamte. Die Sitzung steht mit den schwedenden Widerhandlungen nicht im Zusammenhang.

Lohnbewegung in der Lodzer Textilindustrie.

Warschau, 10. November. In der Sitzung des Berufsaarbeiterverbandes der Textilindustrie in Łódź wurden die seither geordneten Lohnertreibungen um 60 v. h. beprochen. Nach eingehender Ausprache, in der die Frage der Teuerung der Lebensmittel geprägt wurde, sagten die Versammlungen eine Einigung, die erklärt, daß

wirge des Siegess der polnischen Mark und der Kurs in der Tendenz die Frage der Lohn erhöhung aufhört zeitigem zu sein.

Radikalisierung der amerikanischen Arbeiter.

New York, 10. November. (Tel.-Union.) Die amerikanische Federation of Labour unter Leitung von Gompers hat seit Anfang dieses Jahres eine Million Mitglieder verloren. Man ist gespannt, daß sämtliche Organisationsführer zeitweise zu entscheiden, da die Kassen erschöpft sind. Die große Zahl der Mitglieder hat sich den radikalen Richtungen angeschlossen.

Deutsches Reich.

* Aus den Ausschüssen des Reichstages. Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde die Beratung des Reichsmeistersgesetzes fortgesetzt. Mehrere sozialdemokratische Anträge, die eine Trennung der Mieten in Kapitalzins, Betriebskosten und Reparaturen anstreben, wurden eingerichtet. — Im sozialpolitischen Ausschuß wurden heute die Beratungen über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung fortgesetzt. Es wurde beschlossen, daß die Rentenerhöhung lediglich den bedürftigen Versicherungsentnahmen zu gewähren sei. — Im Reichsausschuß teilte die Regierung mit, daß sie selbst ein Gesetz zum Schutz der Republik einbringen werde. Die Beratung eines unabhängigen Antrages über diesen Gegenstand wurde daher ausgesetzt.

* Der 9. November auch in Thüringen gesetzlicher Feiertag. Nach siebenstündiger Sitzung hat gestern der Thüringer Landtag die Notgesetze beraten, die Aufhebung der Feier des Reformationsfestes in den Schulen sowie die Erhebung des 9. November zum Landesfeiertag mit den Stimmen der Linken gegen die der bürgerlichen Gruppe angenommen. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Beratung einer Regierungsvorlage betreffend die Aufhebung des Bußtages als Feiertag.

Freistaat Danzig.

* Nochmal auf der Danziger schwarzen Börse. Die "Schwarze Börse" auf dem Langenmarkt erlebte Montag mittag eine peinliche Krise. Schön des öfteren hatten sich die Banken über die Steuerausfälle an der schwarzen Börse beklagt. Ähnliche Beschwerden hat das Steueramt erhoben, da die mit derartigen Schätzungen sich bestellenden Periodalkeiten schwerlich nicht erläutern können. Montag mittag, als der Betrieb an der "schwarzen Börse" gerade am lebhaftesten war, erschienen Kommandos von Schutzauftritten sowie Beamte der Kriminalpolizei und führten ein "Mannschaftsmanöver" aus, das mit der Räumung einer größeren Anzahl von Mitgliedern der "schwarzen Börse" endete, die in Autos der Schutzauftritte abtransportiert wurden. Auch aus den Bauten wurden verdächtige Periodalkeiten herausgeholt. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt, ist polizeiliches Feuer zur Feststellung dieser Periodalkeiten geziichtet worden, die durch wilde Speculationsgeschäfte die allgemeine Not der Bevölkerung nur verschärften. Weit handelt es sich um Leute, die zum Börsengeschäft nicht zugelassen und vorübergehend zu diesem Zweck aus dem Auslande zugetreten sind.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. November.

Achtung! Stadtverordnetenwählerliste!

Sämtliche Wahlberechtigte, deren Namen in der Wählerliste nicht enthalten waren und die durch Voten des Deutschen Wahlausschusses hieron benachrichtigt wurden, müssen, worauf nochmals hingewiesen sei, bis spätestens morgen, Freitag, mittags 12 Uhr im Neuen Rathaus, eine Treppe, Zimmer Nr. 15 persönlich den Beweis ihrer Wahlberechtigung vorlegen. Erforderlich ist hierbei die Bescheinigung des zuständigen Polizeireviers, daß man den Ansprüchen, die das Wahlrecht verleihen, entspricht.

Ausdrücklich machen wir darauf aufmerksam, daß die Vorlegung eines polnischen Passes als Erhalt der polizeilichen Bescheinigung nicht genügt. Ein Wähler, der auf Grund unserer geistigen Mitteilung heute nur den Klempner-Schein vorlegte, wurde im Zimmer 15 des Rathauses von einem Beamten darüber belehrt, daß die Vorlegung des Passes nicht genügt, daß vielmehr die polizeiliche Bescheinigung durchaus erforderlich ist, die den Wahlkosten begleitet werden muß. Deshalb versteht sich jeder zur Begründung seines Einspruchs mit einer solchen polizeilichen Bescheinigung!

Das Posener Schloß für Universitätszwecke.

Der Ministerpräsident Poniatowski empfing gestern die Vertreter der Posener Universität die Professoren Korzyński, Kozanica und Wrzoska. Sie wunderten sich an ihn, als den Minister für öffentliche Ausklärung damit er ihnen das Posener Schloß für den Bedarf der Universität überlässe, und nicht für Präsentationszwecke. Poniatowski sagte zu, sich mit dieser Angelegenheit befassen zu wollen und erklärte der Delegation, daß er bestrebt sei, Newjahr ab eine technische Abteilung bei der Posener Universität zu errichten.

Valutaunterstützungen für Postspensionäre in Polen.

Die "Danz. Neuest. Nachr." schreiben:

Wie aus zahlreichen Eingaben an das Reichspostministerium in Berlin hervorgeht, ist den in den an Polen abgerückten Gebieten vorübergehend eine Ueberlastung der deutschen Postverwaltung und den hinterbliebenen Postbeamten noch immer unbekannt, daß sie zu ihren von Polen erhaltenen Bezügen eine Valutaunterstützung aus Reichsmitteln erhalten können. Sie haben sich an diesem Zweck schriftlich an den deutschen Reichs- und Staatskonsul — Abteilung Fürsorgebüro für Beamte und Lehrer — in Danzig zu wenden.

* Das verlässliche Ergebnis der Einwohnerzahl der Stadt Posen, das bei der Volkszählung am 30. September d. J. ermittelt wurde, soll nach einer Meldung des "Dziennik Poznański" 178 300 Einwohner (ohne Militär) betragen; davon sollen 167 919 Polen sein, so daß auf die Ausländer, d. h. Deutschen usw. 10 381 entfallen würden. Man darf annehmen, daß dieses "vorläufige" Ergebnis sich durch das endgültige nicht wesentlich ändern wird, vorausgesetzt, daß nicht grobe Versehen am Zähltag vorgekommen sind. Unseres Erachtens hat man im Hinblick auf die hier offen-kundige Wohnungsnot und die reichliche Belegung der Baracken mit einer Einwohnerzahl von mindestens 200 000 Seelen zu rechnen; ebenso dürfte die Zahl der Ausländer weit größer sein. Das würde allerdings an dem Schlüsse des genannten Platzen, daß Posen die am meisten von Polen bewohnte Stadt der Welt sei, kaum etwas ändern.

* Posener Börse vom 9. November. Holland 5691,30 bis 8820,60. Belgien 1773,20—1776,80. Norwegen 3471,50—3478,50. Dänemark 4420,55—1429,45. Schweden 5694,30—5705,70. Finnland 479,50—460,50. Italien 104,95—1051,06. England 981,50—988,50. Amerika 252,75—255,26. Frankreich 1793,20—1801,80. Spanien 3471,50—3478,50. Buenos Aires 81,15—81,35. Alpenitalien 8,73 bis 8,77. Prag 279,70—280,30. Budapest 26,22—26,28.

* Danziger Börse vom 9. d. M. Der Kurs der polnischen Mark war in den Morgenstunden 10,12 M. Er ging um die erste Stunde auf 7,50 M. herunter, mittags stand er auf 9, nachmittags auf 8 abends wieder auf 8,50. Dollar 275—270, engl. Pfund 1080 bis 1080.

* Danziger Getreidebörsen vom 9. d. M. Weizen 225, Roggen 235 M. Tendenz: stark.

betreffen, wie auch die Reproduktionen hervorragender Bilder der Tschechoslowakei, die das Panorama Prags darstellen, geschenkt. Diese Werke wurden vom Prager Magistrat mit beschränkter Anzahl herausgegeben. Sie stellen daher einen großen kulturellen Wert dar. Diese Schenkung wurde der Universität in Posen durch Vermittlung der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Warschau und des tschechoslowakischen Konsuls in Posen übermittelt.

* Die Wahlen zur Generalversammlung der Posener Landeskirche finden in Bromberg und in Nowyrock (umfassend die Kreise Nowyrock, Streino und Mogilno) am Dienstag, dem 15. d. M. statt.

* W. Wollstein, 7. November. Die gesetzigen Stadtverordnetenwahlkreise ergaben bei reger Wahlbeteiligung für 3 polnische Listen neun, für die deutsche Liste drei Mandate. — In Wielka Wieś Tuchorza und Kaczorow sind 8 Amtsdörfer entstanden, deren Inhaber die Kündigung zum 1. Dezember erhalten haben, vom Landwirtschaftsminister öffentlich zum Verkauf ausgetragen worden. Als Bewerber kommen Anwälte und ehemalige Soldaten des polnischen Heeres, die sich als Landwirte ausweisen können, in Betracht, und die das genügende Ged. zum Kauf und zur Bezahlung des Inventars besitzen. — In der Vereinsstiftung des deutschen Lehrervereins im Fischerdorf Opati hält der Schulleiter der evangelischen Schule eine Lecture mit Kindern der ersten beiden Jahrgänge. Zur Fortbildung der Hilfskräfte wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. — Ein Preissturzgang für verschiedene Artikel, z. B. Schuh 10 v. h. Stoß 45 v. h. Brot von 450 M. das 6 Pfundbrot auf 300 M. u. a. m. ist in den hiesigen Geschäften zu verzeichnen.

* Rawitsch, 9. November. Den hiesigen Bäckermeistern ist eine größere Menge Brot mehr dunkler Färbung (90% ausgemahlen) zugewiesen worden, das sie in den Stand setzt, ein vier Pfundbrot zum Preise von 200 Mark abzugeben. Neben diesem billigeren Brot wird auch das bisherige, zum Preise von 250 M. weiter verkauft.

zu Oldenland.

* Cammin, 6. November. Wegen einer Geldforderung kam es zwischen dem Händler und Bäcker Gottfried Salzieder und dem Arbeiter Hermann Namthun zu einem Streit, in dessen Verlauf S. einen Revolver zog und seinen Glaubiger M. durch einen Schuß niederschlug. Der Getroffene starb gleich.

* Allenstein, 6. November. Selbstmord durch Erstellen verübte der Guisinspiztor Benno Goldau auf Augustal G. hatte wiederholt Selbstmordgedanken geäußert.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

	10. November	8. November
Öffentliche Kurse:		
1% Posener Pfandbriefe (alte)		
Buchst. A u. B	—	—
ohne Buchst.	—	—
3½% Bucht. C	—	—
4% Bucht. D u. E	—	—
(neue)	—	—
4½% (neue) mit voin. Stempel	—	—
4% Pos. Pfandbriefe	—	—
3½% Pos. Provinzialobligationen	—	—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	—
½% Opl. Legielski	—	—
6% Schuldenchepte der Bank Kredyt.	—	—
Hypo. Warszawsk.	—	—
Bank Pnizka I—IX em. (ungez.)	220 +A	220 +A
Bank Handlowa Pnizka I—VIII	360 +	360 +
Gurtownia Droga	135 +A	135 +N
Bank Dyl. Pndg.-Gdańsk I—IV	—	—
Urulech. Potocki I. Sta. I—VI	245 +A	—
Bank Biemian I—III	—	—
Bank Biemsk	—	—
N. Bartkowsk I—IV em.	—	190 +N
N. Bartkowsk V em.	165 +N	165 +N
Centrala Słot I—III (ezgl. Kup.)	—	—
Huban	560 +	540 +N
Dr. Roman Maj I—III	—	—
IV	440 +	

Sozial- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. November.

Stadtverordnetensitzung.

Entgegen der sonstigen Gewohnheit konnte die gestrige Stadtverordnetensitzung vom Stadtverordnetenvorsteher Dr. v. Mieczkoowski schon um 6½ Uhr mit verschiedenen Mitteilungen eröffnet werden. U. a. gab er Kenntnis von einer Einladung des "Tom. Modzajch Polisch" (Verein der Jugend Polens) zur Jahresfeier. Weiter bittet das Polnische Rote Kreuz einen Magistratsdelegierten zur Eröffnung der höheren Pflegeschule am 19. und 20. d. Ms. zu entsenden. Nachdem man noch von einigen kleinen Beschwerden über das Mietseminigungsamt Kenntnis genommen hatte, trat man in die Beratung der Tagesordnung ein.

Die Punkte: Anstellung des Werkmeisters Hoffmann, des Maschinenebers Schöckl, des Boten Wrobel wurden enttägig erledigt.

Die Erhöhung der Lohnsätze für die städtischen Arbeiter des Fuhrparks und für die Arbeiter der Licht- und Wasserwerke wurde ebenfalls ohne Widerspruch der Versammlung angenommen. Diese Erhöhungen betrugen ungefähr 25 v. H. zu den gegenwärtigen Löhnen. Ebenfalls wurde diesen Arbeitern eine Leuerungszulage bis zu 6000 Mark genehmigt. Diese soll jedoch keine Entschädigung für die Streitäge, sondern eine solche für die gute Führung der Arbeiter während des Ausstandes sein. Der Stundenlohn der verheiraten männlichen Arbeiter der Licht- und Wasserwerke beträgt jetzt 17,25 M. d. h. 2 M. mehr als die der Metallarbeiter.

Ebenfalls glatt bewilligt wurde eine Beihilfe für die polnischen Küchen. Hierzu wurden 7 Millionen Mark bewilligt, die erforderlich sind, um 1600 Portionen täglich zu verteilen. Die ganz Unbedeutlichen erhalten das Essen unentgeltlich, die andern gegen geringe Bezahlung.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde eine abweitige Feststellung der Steuerzuschläge für 1921 behandelt.

Stadt. Kucharski bemerkte, daß die Versammlung vor einigen Monaten den Buschlag zur Einkommensteuer auf 600 v. H. festgesetzt habe, der aber von der Wojewodschaft nicht genehmigt wurde; da das Steuerjahr diesmal nur 8 Monate rechte, so muß man im eigentlichen Sinne von 800 v. H. sprechen. Der Finanzausschuss hatte in der Dienstagsitzung beschlossen, die Einkommensteuer um 50 v. H. zu ermäßigen, dagegen die Gewerbesteuer um 100 v. H. zu erhöhen, so daß diese Steuer mindestens 200 v. H. höher ist als die Einkommensteuer.

Auch dieser Vorschlag wurde ohne Widerspruch der Versammlung angenommen.

Weiter wurden für den Ankauf von Akkumulatoren für den Schlach- und Viehhof 5 Millionen Mark bewilligt.

Die Verstärkung verschiedener Teile der Abfuhrverwaltung, der Vermögens- und Schulverwaltung und endlich der Badeanstaltverwaltung wurden bewilligt. Beim letzten Punkte bemerkte der Berichterstatter Stadt. Gaertig, daß die Badeloschen gestiegen sind und die Besucherzahl zugegangen sei.

Eine kleine Aussprache entfesselte die Angelegenheit bezüglich des "Urząd Zarzą Poznańskiego" (Amt der Posener Messe). Hierzu stellte der Magistrat folgende Anträge: 1. Das Unternehmen soll von der Stadt geleitet werden. 2. Weiter sollen Verhandlungen mit dem Militärfiskus wegen des Ankaufs von Baracken gepflegt werden; 3. Annahme des Voranschlags; 4. Wahl eines Ausschusses für diese Angelegenheit, dem völlige Freiheit belassen wird.

verschiedene Redner bemerkten, daß diese Angelegenheit am Dienstag doch im Finanzausschuss vertagt worden sei. Der Vizepräsident Dr. Kiedacz bitte, wenigstens die beiden Magistratsdelegierten zu den Verhandlungen über den Ankauf der Baracken zu wählen. Bei der Abstimmung wurde die Angelegenheit um eine Woche vertagt, da die Vorbereitungssarbeiten noch im Gange seien.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde die Abtragung des Schulgebäudes an der ul. Stroma (fr. Hahnstraße) für Universitätszwecke ohne Widerspruch der Versammlung glatt erledigt.

Darauf wurde die Sitzung nach ¾ stündiger Dauer um 7½ Uhr geschlossen. △

Die Stadtverordnetenwahlen in Posen-Pommernellen

Den "Danz. Neuest. Nachr." wird aus Posen geschrieben:

Welche unlösbarer Verhältnisse die Bestimmung der Wahlordnung für das ehemals preußische Teilstück nach der jeder Kandidat der polnischen Sprache in Wort und Schrift möglich sein muß, für die polnischen Staatsbürgen deutscher Nationalität schafft das beleuchtet besonders gross die Tatsache, daß in dem städtischen Sarne sowie deutsche Stimmen abgegeben wurden, daß von den 9 Stadtverordneten vier Deutsche als gewählt hätten gelten müssen, wenn die Sprachenprüfungskommission nicht die Kandidatenliste von 7 auf drei zusammengezogen hätte. Um das vierte Mandat sorgten sich nur die beiden polnischen Parteien. Die Bezeichnung der deutschen Wähler wirkt um so schlimmer, als die Prüfung der polnischen Kandidaten auf Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift nicht ausgestattet wird. Man würde sonst erkennen, daß von den Durchschnittspolen die allerwenigsten der polnischen Sprache in der Schrift mächtig sind.

Wir haben den Ausführungen dieser sehr richtigen Buschrit nicht hinzuzeigen.

Gewaltiger Preissturz der Rohleder. Vor 14 Tagen, so meldet man der "Weich el-Poł" in Graudenz aus sachmässigen Kreisen, kostete das Pfund Rindleder 520 Mark und jetzt zahlt man dafür nur 100 Mark das Pfund; Kalbleder, das einen Preis von 600 Mark hatte, verkauft man jetzt mit 200 Mark. Eine

weitere Preissenkung ist zu erwarten, so daß endlich die Bürger damit beglichen gehen dürfte. (Selbstredend trifft dieses Herausgehen der Rohlederpreise auch für Posen zu. Man darf daher wohl der bestimmt Erwartung Ausdruck geben, daß das Besehen eines Paars herrenstiel nicht mehr 2800 M. kostet, wie es in letzter Zeit zum Erwerben jedes Haushalters der Fall war.) — Erfreilich des "Pos. Tagebl.")

Deutschumibund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wall Lejczakiewicza 2 (früher Ketterring).

X tödlicher Unglücksfall. Gestern nacht kippte auf dem Hauptbahnhof beim Rangieren ein Wagen dadurch um, daß er gegen einen nicht zurückgestellten Hammelwagen fuhr. Der 30-jähr. Hilfsarbeiter Franz Szajna, ul. Kolejowa 3 (früher Bahnhof) wohnte kam unter den Wagen zu liegen und wurde so schwer gequetscht, daß er einige Stunden später starb.

X Wer ist der Eigentümer? Auf dem Hauptbahnhof wurde ein aus wasserreichem Weinviertel bestehendes Gewässer herumliefen. Der Eigentümer kann sich im Zimmer 8 der Kriminalpolizei melden.

X Einbruchdiebstahl. In der Zeit vom 1. bis 8. d. Ms. sind aus einem Pulverdrappen an der Wartke in der Nähe des Domes ein Nivellierungsapparat mit der Kartei Reichs in Liebenwerda und zwei je 20 m lange Stahlketten im Gesamtwert von 100.000 M. gestohlen worden. — Aus einer Wohnung in der ul. Patrona Jackowskiego (fr. Nollendorf) wurde ein Opossumtragen im Wert von 86.000 M. durch Einbruch geholt.

□ Jarotschin 9. November. Am Sonnabend, 12. d. Ms., findet hier ein deutscher Tag statt. Nachmittag 5 Uhr ist in heenes Hotel Versammlung zu der alle Mitglieder des Deutschumsbundes eingeladen sind, aber auch alle Deutschen, die noch nicht Mitglieder sind, erscheinen möchten. Auf eine große Beteiligung des Landes wird gerechnet. Um 7½ Uhr abends werden Mitglieder des Deutschen Theatervereins einen "Bunten Abend" vornehmen anschließend gemütliches Beisammensein und Tanz. Eintrittsarten für das Theater sind zu haben bei der beauftragten Sekretärin des Deutschumsbundes, Frau Beyer, Jarotschin, Krolikarska 20, und an der Kasse.

□ Schmiegel, 8. November. Für die heutigen Stadtverordnetenwahlen hat die Wahlkommission die deutsche Liste für ungültig erklärt. — Die Wahlen zum Kreistag finden am 18. Dezember statt; es sind 26 Mitglieder zu wählen.

Hauptchristian: Dr. Wilhelm Soenewinkel.

Berantwortlich: für Sozial. Karl und Wiesenthal: Dr. Wilhelm Soenewinkel; für Sozial- und Provinzialzeitung: Rudolf Herkenschmied; für den Ausgeleit: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Kämmich in Poznan.

Spielplan des „TEATR WIELKI“

m. Poznania

Freitag,	den 11. 11. um 7½ Uhr: „Maskenball“, Oper von Verdi.
Sonnabend,	den 12. 11. um 7½ Uhr: „Widma“ und „Sonate aus der Krim“ von St. Moniuszo. (2. mal.) Kapellmeister Direktor Adam Dolzeczi.
Sonntag,	den 13. 11. um 3 Uhr nachm.: „Capalleria russicana“ „„Divertissement biallowe““ (Preis ermäßigung.)
Sonntag,	den 13. 11. um 8 Uhr: „Symphoniekonzert“. Kapellmeister Direktor Adam Dolzeczi. Solistin: Irene Durtka (Geige). (Preis ermäßigung.)
	Villettvorverkauf bei Szrebrowski, Pawla 1.

Am Sonntag, d. 13. d. Ms. findet in mein. Saale ein

Zanzvergnügen

statt, zu dem ergebnist einladet Husemann, Gastwirt, Buschdorf (Badziszewo).

Feldstidine

größeren Posten, laufe sofort und erbitte frei Waggon Verladestation. Schlesien, nehmst nur bis 1. 12. 21 an. Von genanntem Standort gesucht zu werden keine Tauschaufräge mehr angenommen und, soweit möglich, nur vorhandene Anträge erledigt.

(3809)

Ein im besten Zustand befind.

Ersatzmotor

42 PS, 1 Z. gebr., zum Stockflug Mod. 1911 zu verkaufen. W. Duslin, Wolsztyn.

1 komplettes

Pferdegeschirr

wie 1 Anlasser,

8 PS, 220 Volt regulierbar, zu verkaufen. Gr. W. Wisniewski, Rosaje 28. (3808)

Suche von Auswanderer

2-4 Zimmer-Einrichtung

zu kaufen. Zahlung Berlin oder Poznan. Gr. Ang. u. D. S. 3743 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Landwirtstochter, evgl. 21 J. alt, größeres Vermögen u. gute Aussteuer, wünscht die Bekanntschaft eines soliden Herrn zwecks

späterer Heirat.

Beamter oder besserer Handwerker bevorzugt. Off. mi. Bild, welches aufgetragen wird, sind u. B. 2. 3785 a. d. Geschäftsst. d. Bl. z. rich.

Sportpelz,

schwarzer Bezug, wie neu, ankerem ein schwarzer Pelzbezug mit Persianerfragen, tollig zu verkaufen. Szwarc, Brzezowska Torstr. 12 all.

Junger Sattlergehilfe

sucht sofort Stellung. Anwohne mit Bonang. u. Sch. 3804 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Walter 51 J. alt, lath., alleinelebend, in guten Verh. möchte sich wieder verheiraten.

Mädchen oder Bügeln pass. Alter, wollen off. u. 3807 a. d. Geschäftsst. d. Bl. einz.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A Wolnicza.

Freitag, 11. Nov. ab. 5 Uhr. Sonnabend morgens 9 Uhr (beginn. mit Schachris).

nachm. 4 Uhr Mincha, nachm. 4½ Uhr Jugend-andacht. abends 5 Uhr 52 M. Sababauabgang.

Werktags-Andacht. Morgens 7½ Uhr u. abends 5 Uhr.

Synagoge B (Israel. Bruergemeinde), Ulica Dominikańska. Freitag, 11. Novembar abends 5 Uhr.

Sonnabend vorm. 10 Uhr. Werktags-Andacht. Morgens 7½ Uhr u. abends 5 Uhr.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie gegen Einführung von 25 Mark als Einschreibsendung direkt vom Verlage:

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt I. A. Poznan, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer will ein Heft und Führer sein in der Hand desjenigen, die der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Leben nicht zurechtfinden können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vorläufig unverständlichen Aufschriften an der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in den Wagen der Straßenbahn, an Geschäftshäusern und Kaufhausfronten. Er will darüber mit das beitreten, daß den hier bislang lebenden Bürgern des Deutschen Reichs nichts geschehen ist, was sie nicht selbst verstanden und daß auch vornehmlich in Wien weiterhin Deutsche wenigstens vor einem Teil der Schwierigkeiten bereit werden, mit denen der momentane hier und die Erledigung ihrer Geschäfte in Posen für sie verbunden ist.

Gelbe Speise - Möhren
ca. 1000 Zentner trockenen Stecktori
habe sofort abzugeben.

T. NOWICKI,
Dom Rdn. Handl.,
Poznan, plac Wolności 11. — Telephon 3526.

Brennereikartoffeln
offeriert 18803
Paul Schiavonetti, Kartoffelgross-
handlung,
Plejew, Telephon Nr. 85.

Gasöl raffiniert,
zur Benzin-
Mischung
geeignet,
Mt. 110.— per kg liefert sofort 18769
Sander & Brathuhn,
Poznan, ul. Sew. Mielżyńskiego 23. Tel. 4019.

Möbliert. Zimmer von sofort. gesucht. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Zeitungsdarsteller
für Wilda

für ein Fabrikunternehmen
in Kreisstadt der Provinz wird
ein siller bzw. tägiger

Teilhaber
mit 600—700 Tausend Mar.
gesucht. Gr. off. u. 3. p.
3805 a. d. Geschäftsst. d. Bl.
erbeten.

Suche p.
sofort
einen
energisch
tückigen
Off. um. 3798 an die Gewerbesstelle dieses Blattes erbeten.

Inspector für mein Haupt-
gut von 2000
Boden mit Brenn-
nerei. Gräßliche
Off. um. 3798 an die Gewerbesstelle dieses Blattes erbeten.

Unterschweizer.
zum 1. Januar 1922, evtl. auch früher eine in allen Zweigen der Hauswirtschaft erprobte
zur völlig reibständig, fühlung meines kleinen Land-
haushaltens. 18786

Wirtin,
von Saenger, p. Dobro f.

Wohnungen

Wohungsbau!
Berlin — Poznań
vom 1. oder 15. Dez. 1921.
Off. u. 3779 a. d. Geschäftsst.
jelle d. Bl. erbeten.

Suche sofort Vertreibung oder
oder Stellung mit jeder
Höhe. Poln. Schrif. z. rich.
Ang. erb. Pistoia, Landwirt
u. Münchner. Wyrzysk.

Suche sofort Stellung
oder Gewalt. Rauten in jeder
Höhe. Poln. Schrif. z. rich.
Ang. erb. Pistoia, Landwirt
u. Münchner. Wyrzysk.